

## Presseinformation

Nr. 196 / 2014

Kiel, Mittwoch, 30. April 2014

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
Vorsitzender

**Christopher Vogt, MdL**  
Stellvertretender Vorsitzender

**Dr. Heiner Garg, MdL**  
Parlamentarischer Geschäftsführer

Verkehr / Rader Hochbrücke

### Christopher Vogt: Der verkehrspolitische Super-GAU muss um jeden Preis verhindert werden

Zu aktuellen Meldungen über die bestätigten Prognosen zur Restlebensdauer der Rader Hochbrücke erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und verkehrspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Eine Sperrung der Rader Hochbrücke würde eine Unterbrechung der mit Abstand wichtigsten Nord-Süd-Verbindung unseres Bundeslandes bedeuten. Dies wäre der verkehrspolitische Super-GAU für unser Bundesland und insbesondere für den Schleswiger Landesteil eine Katastrophe. Das Eintreten dieses Horrorszenarios muss um jeden Preis verhindert werden.

Die prognostizierten zwölf Jahre Restlebensdauer mögen vielleicht im ersten Moment noch einigermaßen passabel erscheinen, aber für das nun benötigte Ersatzbauwerk ist dies ein erschreckend kurzes Zeitfenster. Die Bestätigung dieser bereits kolportierten Prognose kann zwar niemanden mehr wirklich überraschen, muss aber bei den zuständigen Ministerien sowohl in Kiel als auch in Berlin alle Alarmglocken schrillen lassen. Angesichts dieser Ausgangslage muss klar sein, dass die Minister Meyer und Dobrindt jetzt dringend handeln müssen und keine Zeit verlieren dürfen.

Der Bund ist in der Pflicht, für ein geeignetes Ersatzbauwerk zu sorgen. Die ebenfalls überschaubare Restlebensdauer der benachbarten Rendsburger Eisenbahnhochbrücke schreit geradezu nach einer kombinierten Straßen-Schienen-Lösung bei dem jetzt zu planenden Ersatzbauwerk. Eine Tunnellösung wäre dabei zwar wünschenswert, die Landesregierung sollte jedoch nicht darauf beharren, wenn hierbei durch die längere Bauzeit eine – zumindest vorübergehende – Sperrung der Verbindung drohen würde. Bund und Land sind aufgefordert, schnell zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen, die praktikabel und nachhaltig ist. Für politische Ränkespiele wird an dieser hochsensiblen Stelle niemand Verständnis haben.

Ich hoffe auch, dass Bundesminister Dobrindt seine Aussage, dass er keine Zusagen über diese Legislaturperiode hinaus machen werde, an dieser Stelle relativieren wird. Ansonsten droht unserem Bundesland ein großer Zeitverlust, den es sich nicht leisten kann.“